

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Christin Christ, Dennis Thering, Silke Seif,
Markus Kranig, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Steilshoop stabilisieren – Versorgungsnotstand beenden, soziale
Daseinsvorsorge wiederherstellen und staatliche Verantwortung sicht-
bar wahrnehmen**

Der Hamburger Stadtteil Steilshoop befindet sich in einer akut zugespitzten strukturellen Ausnahmesituation, die sich über Jahre hinweg aufgebaut und zuletzt weiter verschärft hat. Wiederkehrende Eskalationen rund um Silvester und Halloween, Angriffe auf Einsatzkräfte sowie erhebliche Sachbeschädigungen prägen regelmäßig das öffentliche Bild.

Darüber hinaus sind zahlreiche alltägliche Ordnungs- und Sicherheitsprobleme fester Bestandteil des Lebens im Stadtteil. Illegal abgestellter Sperrmüll, Hausmüllablagerungen sowie abgemeldete und nicht mehr fahrbereite Kraftfahrzeuge stellen ein dauerhaftes Ärgernis dar und beeinträchtigen das Wohnumfeld erheblich.

Beinahe täglich wird Feuerwerk, überwiegend in Form von Böllern, gezündet. Auch Knallgeräusche durch Schreckschusswaffen sind regelmäßig wahrnehmbar – teils bereits in den Vormittagsstunden. Weitere Formen unangemessenen Verhaltens, wie öffentlicher Drogenkonsum, lautstarkes Herumschreien sowie einschüchterndes Dominanzverhalten, gehören für viele Bewohnerinnen und Bewohner zum Alltag.

Diese Zustände führen zu einer erheblichen Belastung des Sicherheits- und Ordnungsempfindens der Bevölkerung. Sie sind in keiner Weise zu entschuldigen oder zu rechtfertigen. Gewalt, Einschüchterung und dauerhafte Störungen des öffentlichen Raums sind niemals akzeptabel und erfordern konsequentes staatliches Handeln.

Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass sich große Teile der Steilshooper Bevölkerung zunehmend orientierungslos, vernachlässigt und vom Staat allein gelassen fühlen. Immer häufiger wird von Menschen berichtet, die nicht mehr wissen, an wen sie sich wenden sollen, die grundlegende staatliche Unterstützung vermissen und den Eindruck gewonnen haben, dass ihr Stadtteil politisch aus dem Fokus geraten ist.

Steilshoop wird dabei vielfach als „Lost Place“ wahrgenommen – nicht aufgrund mangelnden Engagements der Bewohnerinnen und Bewohner, sondern aufgrund des Gefühls strukturellen Rückzugs staatlicher Verantwortung. Staatliche Präsenz, Vorsorge und verlässliche Daseinsfürsorge werden im Alltag vieler Menschen nicht mehr als ausreichend erlebbar wahrgenommen.

Diese Wahrnehmung ist kein subjektives Stimmungsbild, sondern lässt sich anhand objektiv belegbarer struktureller Defizite nachvollziehen, insbesondere:

- einer dramatisch verschlechterten hausärztlichen Versorgung (2020 noch zehn Hausärzte, heute zwei praktizierende Hausärzte mit einer Praxis, welche durch zwei Treppen und fehlenden Aufzug nicht barrierefrei sind),
- einer unzureichenden sozialen und kulturellen Infrastruktur,
- fehlenden niedrighwelligen Mobilitätsangeboten im Zuge der Großbaustelle U5,

- sowie dem Fehlen einer dauerhaft sichtbaren staatlichen Präsenz, wie einem bezirklichen Ordnungsdienst, WasteWatchern, insbesondere aber einer festen Polizeistation im Stadtteil.

Steilshoop ist eine großflächige Hochhaussiedlung mit besonderem sozialen Unterstützungsbedarf. Die bestehenden Problemlagen sind seit Jahren bekannt, wurden wiederholt dokumentiert, öffentlich benannt und politisch adressiert. Dennoch ist bislang keine strukturelle, nachhaltige Gesamtstrategie umgesetzt worden, die den Stadtteil stabilisiert, Vertrauen zurückgewinnt und den Menschen vor Ort wieder eine verlässliche Perspektive gibt.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die Situation in Steilshoop nicht länger punktuell oder reaktiv zu behandeln, sondern umfassend, koordiniert und mit klarer politischer Verantwortung anzugehen.

I. Medizinische Versorgung – akuter Versorgungsnotstand

In Steilshoop leben rund 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Derzeit stehen dem Stadtteil nur noch zwei Hausärzte zur Verfügung, konzentriert auf eine einzige geöffnete Arztpraxis. Eine weitere Praxis ist seit Wochen geschlossen; tragfähige Nachfolge- oder Wiedereröffnungslösungen sind derzeit nicht absehbar.

Noch im Jahr 2020 existierten in Steilshoop zehn hausärztliche Praxen. Der seither erfolgte massive Rückgang stellt einen faktischen Versorgungsnotstand dar, der die medizinische Grundversorgung im Stadtteil nicht mehr sicherstellt.

Besonders gravierend ist, dass die verbliebene Praxis nicht barrierefrei erreichbar ist. Der Zugang erfolgt ausschließlich über mehrere hohe Treppenläufe, ein Aufzug ist nicht vorhanden. Für viele Menschen im Stadtteil ist die Praxis damit faktisch nicht nutzbar. Dies betrifft insbesondere:

- ältere Menschen,
- chronisch Kranke,
- Menschen mit Mobilitätseinschränkungen,
- Familien, insbesondere mit geringem Einkommen,
- sowie Personen mit vorübergehenden gesundheitlichen Einschränkungen.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist dadurch gezwungen, auf Arztpraxen außerhalb des Stadtteils auszuweichen. Diese Ausweichbewegung ist jedoch nur eingeschränkt möglich, da die verkehrliche Anbindung Steilshoops insbesondere infolge der U5-Baustelle deutlich verschlechtert ist. Lange Wege zu Haltestellen, fehlende direkte Verbindungen sowie zusätzliche Umstiege erschweren den Zugang zur medizinischen Versorgung erheblich. Dies trifft insbesondere mobilitätseingeschränkte Personen besonders hart. Die praktische Möglichkeit, kurzfristig alternative Praxen aufzusuchen, ist für viele Betroffene nicht gegeben.

Hinzu treten sprachliche Barrieren, die die Situation weiter verschärfen. Ein relevanter Teil der Steilshooper Bevölkerung verfügt nur über eingeschränkte Deutschkenntnisse. Die eigenständige telefonische Kontaktaufnahme mit Praxen außerhalb des Stadtteils, das Navigieren durch Warteschleifen oder die Suche nach Ersatzterminen stellt für viele Betroffene eine kaum zu bewältigende Hürde dar. Dies führt dazu, dass notwendige Arztkontakte unterbleiben oder erheblich verzögert werden.

Die Folge ist eine systematische Unterversorgung, die nicht nur individuelle gesundheitliche Risiken erhöht, sondern auch erhebliche Folgekosten für das Gesundheitssystem verursacht. Nicht oder verspätet behandelte Erkrankungen führen häufiger zu Notfallbehandlungen, Krankenhauseinweisungen, langfristigen Komplikationen und deutlich kostspieligeren Therapien. Damit entsteht ein vermeidbarer Mehraufwand für Rettungsdienste, Krankenhäuser und Sozialleistungssysteme.

Verschärfend kommt hinzu, dass neben dem Bezirk Hamburg-Nord der einwohnerstärkste Bezirk Wandsbek kein lokales Gesundheitszentrum verfügt. Bereits im Jahr 2019 hatte die CDU-Fraktion im Bezirk die Einrichtung eines solchen Zentrums in Steilshoop beziehungsweise in angrenzenden Stadtteilen gefordert, um die medizini-

sche Versorgungssituation nachhaltig zu stabilisieren. Diese Initiative blieb bislang ohne Umsetzung.

Obwohl das Modell in anderen Stadtteilen mit ähnlicher Struktur bereits seit Jahren echte Erfolge erzielt, ist neben dem Bezirk Hamburg-Nord der einwohnerstärkste Bezirk Wandsbek der einzige Bezirk, der keine entsprechende Einrichtung aufweist. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Angesichts des beschriebenen Versorgungsnotstands ist der Senat aufgefordert, unverzüglich geeignete und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um diese strukturelle Versorgungslücke zu schließen und die medizinische Grundversorgung in Steilshoop wieder sicherzustellen.

II. Fehlende Flächen – Notwendigkeit einer Übergangslösung

Ein zentrales Hindernis für die Ansiedlung neuer Ärztinnen und Ärzte in Steilshoop ist der Mangel an verfügbaren Gewerbeflächen. Das Einkaufszentrum Steilshoop befindet sich in einem geplanten Sanierungsprozess, sodass kurzfristig keine geeigneten Praxisflächen zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig haben mehrere Ärztinnen und Ärzte signalisiert, grundsätzlich bereit zu sein, in Steilshoop tätig zu werden, sofern geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Daraus ergibt sich zwingend die Notwendigkeit einer temporären, pragmatischen Übergangslösung bis zur Fertigstellung der EKZ-Sanierung. In anderen Städten wurden hierfür bereits erfolgreich mobile Containerlösungen eingesetzt, um kurzfristig medizinische Infrastruktur zu schaffen. Dies ist auch in Steilshoop möglich.

III. Kommunal getragenes MVZ als strukturelle Lösung

Ein belastbarer und bereits erprobter Lösungsansatz zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung ist die Einrichtung eines kommunal getragenen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ). Ein solches Modell wurde unter anderem mit dem Regionalen Versorgungszentrum Südheide erfolgreich umgesetzt.

Dabei ist ausdrücklich klarzustellen, dass ein kommunal getragenes MVZ nicht in Konkurrenz zu einem künftig zu errichtenden lokalen Gesundheitszentrum steht. Vielmehr handelt es sich um sich ergänzende Versorgungsstrukturen, die unterschiedliche Funktionen innerhalb der kommunalen Gesundheitsinfrastruktur übernehmen und aufeinander aufbauen können.

Das Regionale Versorgungszentrum Südheide wurde durch kommunale Initiative aufgebaut und wird in öffentlicher Trägerschaft betrieben. Ziel war es, dem Wegfall hausärztlicher Praxen aktiv entgegenzuwirken und die medizinische Grundversorgung kurzfristig zu stabilisieren und langfristig abzusichern, ohne auf langwierige Bau- oder Standortentscheidungen warten zu müssen. Die operative Umsetzung erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen Kommune, ärztlicher Selbstverwaltung und regionalen Gesundheitsakteuren.

Kern dieses Modells ist die kommunale Verantwortung für die medizinische Infrastruktur. Ärztinnen und Ärzte werden im MVZ angestellt, wodurch sie von unternehmerischen Risiken, Investitionszwängen und umfangreichen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Die Kommune stellt die Räumlichkeiten, organisiert die Infrastruktur und übernimmt die Trägerschaft. Die ärztliche Tätigkeit kann sich damit auf die medizinische Versorgung konzentrieren.

Gerade für Steilshoop eröffnet dieses Modell die Möglichkeit, zeitnah zusätzliche hausärztliche Kapazitäten zu schaffen, auch als Übergangslösung, bis ein dauerhaftes lokales Gesundheitszentrum im Bezirk Wandsbek realisiert ist. Das MVZ kann dabei entweder temporär betrieben oder perspektivisch in ein später entstehendes Gesundheitszentrum integriert werden. Ein solcher gestufter Ansatz verhindert Versorgungslücken und ermöglicht es, bestehende personelle Strukturen, Patientenkontakte und organisatorische Abläufe nahtlos zu überführen.

Die Erfahrungen aus Südheide zeigen, dass insbesondere folgende Effekte erzielt werden konnten:

- erfolgreiche Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten, die eine klassische Niederlassung abgelehnt hätten,
- Planungssicherheit für die Kommune bei der Sicherung ärztlicher Sitze,
- Stabilisierung der Versorgung auch bei Praxisabgaben oder Ruhestand,
- hohe Akzeptanz in der Bevölkerung durch verlässliche und kontinuierliche Erreichbarkeit.

Für den Hamburger Senat ist dabei entscheidend: Die Umsetzung eines kommunal getragenen MVZ erfordert keine gesetzliche Neuregelung, sondern kann auf Basis der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten nach § 95 SGB V erfolgen. Die praktische Ausgestaltung – von der Trägerschaft über die Finanzierung bis zur Personalgewinnung – ist bereits erprobt, rechtssicher umsetzbar und dokumentiert.

Sollte der Senat bei der Umsetzung eines vergleichbaren Modells für Steilshoop fachliche Unterstützung benötigen, stehen die Trägerkommunen sowie die Geschäftsführung des Regionalen Versorgungszentrums Südheide als konkrete Ansprechpartner zur Verfügung. Dort liegen operative Erfahrungen zur Gründung, Finanzierung, Personalgewinnung und zum laufenden Betrieb eines kommunal getragenen MVZ vor, die unmittelbar auf urbane Quartiere mit besonderem Unterstützungsbedarf übertragbar sind.

Gerade für Stadtteile wie Steilshoop bietet dieses Modell damit einen realistischen, kurzfristig umsetzbaren und langfristig tragfähigen Ansatz, der nicht als Ersatz, sondern als Baustein einer umfassenden kommunalen Gesundheitsstrategie zu verstehen ist. Voraussetzung ist, dass der Senat bereit ist, die medizinische Grundversorgung als aktive Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begreifen und die hierfür erforderlichen Strukturen – einschließlich der zeitnahen Bereitstellung geeigneter Flächen – zu schaffen.

IV. Mobilität und ÖPNV während des U5-Baus

Durch den Bau der U-Bahn-Linie U5 haben sich die Wege zu den nächstgelegenen Bushaltestellen für die Bewohnerinnen und Bewohner Steilshoops erheblich verlängert.

Bis zur Wiederherstellung regulärer Verkehrsverhältnisse ist daher zwingend erforderlich:

- die Einrichtung niedrighschwelliger Shuttle-Busse, insbesondere zu ärztlichen Versorgungszentren in Bramfeld und Barmbek, mit besonderem Fokus auf ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen.

Des Weiteren ist die zentrale Ersatzhaltestelle derzeit nicht einmal mit einem Wetterschutz ausgestattet, sodass Fahrgäste bei Regen, Kälte und Wind ungeschützt ausharren müssen. Dies führt bei vielen Betroffenen zu dem Eindruck, mit den Belastungen der Großbaustelle allein gelassen zu werden.

Nach derzeitigem Planungsstand soll dieser Zustand bis zum Abschluss der U5-Bauarbeiten im Jahr 2033 andauern. Ein derart langfristiger Verzicht auf elementare Mindeststandards der Fahrgastinfrastruktur ist nicht hinnehmbar und bedarf einer unverzüglichen Abhilfe.

V. Soziale Infrastruktur und Jugendangebote

Steilshoop verfügt derzeit lediglich über einen Streetworker für den gesamten Stadtteil. Dies steht in keinem angemessenen Verhältnis zur Einwohnerzahl und den sozialen Herausforderungen.

Zwar existiert ein Haus der Jugend, dieses wurde jedoch im Zuge des Campus-Umbaus verkleinert. Viele junge Menschen fühlen sich dadurch nicht mehr erreicht. Präventive Jugendarbeit, niedrighschwellige Angebote und dauerhafte Ansprechpersonen sind jedoch zentrale Bausteine zur Vermeidung von Eskalationen.

VI. Fehlende Polizeistation – Bedarf an staatlicher Präsenz

Trotz wiederkehrender Eskalationen verfügt Steilshoop bis heute über keine eigene Polizeistation. Kurze Wege, schnelle Präsenz und ein dauerhaftes Kennenlernen des Stadtteils durch die Beamtinnen und Beamten fehlen.

Der Eigentümer des EKZ Steilshoop hat dem Senat bereits angeboten, Flächen für eine Polizeistation bereitzustellen. Dieses Angebot wurde bislang abgelehnt. Gleichzeitig ist bekannt, dass das bestehende Polizeigebäude in Bramfeld sanierungsbedürftig ist und in den kommenden Jahren umfassend modernisiert werden muss.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sachlich und wirtschaftlich sinnvoll, die Sanierung des EKZ Steilshoop zu nutzen und die Polizeistation perspektivisch nach Steilshoop zu verlagern.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Steilshoop als Pilotstandort für ein kommunal getragenes Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) nach dem Vorbild des RVZ Südheide festzulegen;
2. kurzfristig mobile Containerlösungen zur Ansiedlung von Arztpraxen bereitzustellen;
3. diese Übergangslösung durch ein gezieltes Förderprogramm für Ärztinnen und Ärzte zu begleiten;
4. ein lokales Gesundheitszentrum im Bezirk Wandsbek zu errichten, mit Priorität für Steilshoop;
5. bis zur Stabilisierung der medizinischen Versorgung sind direkte und niedrigschwellige ÖPNV-Verbindungen zu den ärztlichen Versorgungszentren in den benachbarten Stadtteilen Bramfeld und Barmbek einzurichten. Ergänzend sind an den hierfür vorgesehenen Haltepunkten dauerhafte, barrierefreie und wettergeschützte Wartebereiche herzustellen, um einen verlässlichen und zumutbaren Zugang zur medizinischen Versorgung sicherzustellen;
6. die Mittel für den Bezirk Wandsbek zu erhöhen, damit die Zahl der Streetworker deutlich erhöht werden kann;
7. eine feste Polizeistation in Steilshoop einzurichten und hierfür geeignete Flächen – insbesondere im EKZ Steilshoop – zu nutzen;
8. der Bürgerschaft ist bis zum 06.06.2026 zu berichten.